

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

F/XXI/20

Bonn, den 28. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |  | Zeilen |
|-------|--|--------|
| 1 - 2 | <u>Herabsetzung des Wahlalters ?</u><br>Noch lange nicht entscheidungsreif<br>Von Heinz Westphal, KdF                      | 66     |
| 2     | <u>Gesetze...</u><br>Den Letzten beißen die Hunde  | 22     |
| 3     | <u>Bayern vor den Kommunalwahlen</u><br>Perspektiven der Parteien und Gruppen  | 53     |
| 4     | <u>Ein Sieg der Vernunft</u><br>Räumung der Kölner Zone vor 40 Jahren<br>Von Dr. Manfred Gessner                           | 32     |
| 5 - 6 | <u>"Zweites Vietnam" in Lateinamerika ?</u><br>Fidel Castro: "Die Zeit für den revolutionären Umsturz<br>ist herangereift" | 58     |

+ + +

## Herabsetzung des Wahlalters ?

Noch lange nicht entscheidungsreif

Von Heinz Westphal, MdB

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat bei ihrer Berliner Sitzung eine Kleine Anfrage beschlossen, die sich mit dem Problem der Herabsetzung des Wahlalters befaßt. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, dem Deutschen Bundestag mitzuteilen, ob bereits Gutachten über diese Frage vorliegen, welcher Zusammenhang zwischen Wahlalter, Volljährigkeit und dem Einberufungsalter nach dem Wehrpflichtgesetz besteht und wann die Bundesregierung in der Lage sein wird, entsprechende Unterlagen dem Parlament zu unterbreiten.

Nach Artikel 38, Abs. 2 des Grundgesetzes ist wahlberechtigt, wer das 21. Lebensjahr vollendet hat. Das ist das gleiche Alter, mit dem man in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch volljährig, also voll verantwortlich geschäftsfähig wird. Seit der im vierten Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition angenommenen Streichung des Einberufungsalters zur Bundeswehr, das beim 20. Lebensjahr lag, gilt für die Einberufung das Mindestalter von 18 Jahren, das im Wehrpflichtgesetz genannt ist. Eine der Hauptfragen, die es nun zu klären gilt, ergibt sich aus der wohl berechtigten Überlegung junger Menschen, warum sie nach unserem Recht schon mit 18 Jahren Soldat mit allen Konsequenzen dieser staatsbürgerlichen Verpflichtung sein sollen, während sie erst mit dem 21. Lebensjahr berechtigt sind, als Wähler über die Politik des Staates mit zu entscheiden. Darüber hinaus müssen die Zusammenhänge zwischen der Volljährigkeit und dem aktiven Wahlrecht nüchtern geprüft werden.

In diesem Zusammenhang ergeben sich eine Reihe von pädagogischen und psychologischen Fragestellungen. So sind zum Beispiel die in Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände - allerdings ohne Erfolg - für die Beibehaltung des Einberufungsalters mit 20 Jahren eingetreten, weil sie gern sehen würden, wenn der junge Mensch mehr Zeit zur Aufnahme staatsbürgerlichen Wissens und politischer Bildung haben würde, bevor er seinen Dienst bei der Bundeswehr antritt. Konsequenterweise hört man deshalb auch aus diesem Lager nur wenige Stimmen, die nun eine Herabsetzung des Wahlalters fordern. Das sieht schon anders aus bei den Jüngerer-Organisationen einiger politischer Parteien, die sich stärker um das frühe politische Engagement des jungen Menschen bemühen und dabei die Werbewirksamkeit der Herabsetzungs-Forderung einkalkulieren. Meines Wissens haben nur die Jungsozialisten den engen Zusammenhang zwischen Herabsetzung des Wahlalters und Verstärkung der Bemühungen um die politische Bildung der jungen Generation deutlich unterstrichen.

Auch im Hinblick auf das Jugendgerichtsgesetz gilt es, eine Parallelfrage zu untersuchen. Es gibt viele Pädagogen und Psychologen, die es für erforderlich ansehen, die Altersgruppe der sogenannten Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren im Falle der Straffälligkeit ganz in das von erzieherischen Gesichtspunkten geprägte Jugendstrafrecht einzubeziehen, also weiterzugehen als bisher. (Nach dem geltenden Recht wird für diese Altersgruppe im Einzelfall aufgrund von Gutachten durch das Gericht entschieden, ob der Täter nach seinem Reifegrad als Jugendlicher oder Erwachsener zu betrachten ist.)

Schließlich gingen in den ganzen Jahren nach dem Kriege bei uns die Bestrebungen dahin, möglichst viele Jahrgänge junger Menschen - trotz der Tatsache ihres Erwachsenseins - noch in die Förderungsmaßnahmen und Bildungsmaßnahmen der außerschulischen Bildung und der Freizeithilfen ein-

zubeziehen. Diese Regelungen, die Altersgrenzen beim 25. und zum Teil beim 27. Lebensjahr kennen, brauchen aber unsere Fragestellung nicht zu beeinflussen, weil es über die jugendpflegerischen Hilfen hinaus hier um die notwendige Vergrößerung des Bildungsangebots im außerschulischen Bereich für die voll verantwortlichen jungen Erwachsenen geht.

Es gibt im Bundestag Befürworter, aber auch Gegner der Herabsetzung des Wahlalters. Offensichtlich geht es hierbei um ein Abwägen der Wichtigkeit von Gründen und Gegengründen. Ich bin für die Beibehaltung des 21. Lebensjahres als Altersgrenze.

Durch die Einbringung der Anfrage will die SPD-Fraktion erreichen, daß eine nüchterne Prüfung der Sachfragen erfolgt, um erst danach zu einer Entscheidung zu kommen. Deshalb wünschen wir die Vorlage von Gutachten mit einer klaren Stellungnahme der Bundesregierung. Es ist zu hoffen, daß sich auch die anderen Fraktionen bei künftigen Beratungen auf der Grundlage sachlicher Unterlagen von Pro- und Contra-Emotionen freihalten werden, die dieser Frage nicht gemäß sind.

+ + +

#### Gesetze...

### Den Letzten beißen die Hunde

sp - Als das neue Mietgesetz mit seinen zu erwartenden unsozialen Auswirkungen im Bundestag von den Regierungsparteien verabschiedet wurde, haben die Sozialdemokraten vorausgesagt, wie groß das Durcheinander und auch die sozialen Ungerechtigkeiten werden würden, wenn dieses Gesetz eines Tages praktiziert werden müsse. Jetzt hat der neue Wohnungstauminister Ewald Bucher (FDP) mit rührender Naivität - aber wahrscheinlich, ohne zu wissen, was er hiermit bestätigte - zugegeben, die Antragsformulare für die Anwendung der sogenannten Sozialklausel seien so kompliziert, daß vor allem ältere Leute nicht in der Lage wären, damit fertig zu werden. Als Rezept dagegen verweist Herr Bucher auf die Gemeinden, die sich da etwas einfallen lassen und erwähnt in diesem Zusammenhang die Stadt Wuppertal. Diese hat, besonders für alte Leute, rollende Annahmestationen für Formulare eingesetzt; das Amt kommt also ins Haus.

Wnatürlich ist das eine schöne Geste der Gemeinden, eine Geste jedoch, die Geld kostet. Der Gesetzgeber hat ein Gesetzesmonster auf die Bundesbürger losgelassen, überläßt es aber großzügigerweise den "unteren Instanzen", damit diese wenigstens die größten sozialen Ungerechtigkeiten beseitigen. Wie die ohnehin schon finanziell überbelasteten Gemeinden damit fertig werden, das dürfte wohl kaum die Sorge des Gesetzgebers und sicher nicht des Herrn Bucher sein.

Wie gehabt: Den Letzten beißen die Hunde.

+ + +

## Bayern vor den Kommunalwahlen

### Perspektiven der Parteien und Gruppen

Bayern hat 1966 wieder einmal ein Wahljahr; im März Kommunalwahlen, im November Landtagswahlen. Bei den Kommunalwahlen gibt es zahlreiche Gemeinden, die gleichzeitig - in direkter Volkswahl - ihren ersten Bürgermeister wählen und andere, in denen die Amtsperioden nicht die gleichen sind, also nur der Gemeinde- oder Stadtrat zu wählen ist.

Zum Leidwesen der im Lande regierenden CSU ist die SPD auch in Bayern in der Gemeindepolitik überaus stark. Die meisten bedeutenden Städte des Landes haben sozialdemokratische Oberbürgermeister, viele gleichzeitig auch sozialdemokratische Stadtratsmehrheiten. Selbst auf dem Lande, wo ehedem Sozialdemokraten immer noch als "Revoluzzer" mit Ballonmütze angesehen wurden, ist der Einfluß sozialdemokratischer Gemeindepolitiker erheblich gestiegen. Die Wahlaussichten der SPD sind daher nicht ungünstig. Man rechnet in sozialdemokratischen Kreisen mit der Wahl eines SPD-Oberbürgermeisters für Ingolstadt, das sich immer mehr zu einem bedeutenden Industriezentrum entwickelt, ebenso im schwäbischen Memmingen und in vielen kleineren Orten mit SPD-Bürgermeistern. In Augsburg, das einen SPD-Oberbürgermeister hat, kann es aufgrund der geleisteten Arbeit eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtrat geben. In der Landeshauptstadt München hat die CSU wenig Aussicht, sich durchzusetzen. Ihr Wahlschlager, die SPD-Mehrheit im Rathaus zu brechen, wird aller Voraussicht nach ein frommer Wunsch bleiben. Da die CSU auf Mitwirkung in der Gemeindefarbeit dennoch großen Wert legt, ist die Kandidatur des bisherigen zweiten Bürgermeisters Brauchle gegen den dynamischen SPD-OB Dr. Vogel nicht sehr ernst zu nehmen. Der bereits begonnene Wahlkampf der CSU wird daher hier mit gedämpfter Trommeln Klang geführt.

Natürlich gibt es in den Gemeinden stets Gruppen und Grüppchen, Bürgervereinigungen und andere Listen, deren Erfolge und Mißerfolge lediglich in kleineren Orten aufgrund von persönlichen Beziehungen gelegentlich Bedeutung bekommen. Das Schwergewicht liegt bei den politischen Parteien, in deren Bereich, insbesondere bei der SPD, die junge Generation bei der Aufstellung der Kandidatenlisten stark hervorgetreten ist.

Die kleinen Parteien haben selbst bei den Kommunalwahlen - Ausnahmen bestätigen die Regel - nicht mehr viel Erfolgsaussichten. Sie werden für die Prognosen zur Landtagswahl im November kaum mehr in Rechnung gestellt. Selbst die Bayernpartei zerbröckelt immer weiter. Niemand rechnet ernsthaft damit, daß sie im kommenden Landtag noch einmal in Erscheinung treten wird, obwohl derzeit eine sogenannte Koalition mit einem Staatssekretär der Bayernpartei regiert.

Emsig bestrebt, nach dem Mißerfolg bei den Bundestagswahlen nun wenigstens örtlich ein wenig vorwärts zu kommen, ist die NPD. In ihrer Propaganda ist sie ängstlich darauf bedacht, jede geistig-politische Beziehung zur einstigen NSDAP zu bestreiten. Stil und Argumente wecken dennoch bei älteren Menschen unerfreuliche Erinnerungen. Die Argumente sind ungefähr so: "Bürger, überlege doch folgendes. Die NPD hatte zwei Prozent Stimmen. Alte Parteigenossen der NSDAP usw. machen aber mit ihren Angehörigen reichlich 25 Prozent der Wähler aus..."

Schlußfolgerung, die "Bonner Parteien" seien zehnmal so braun wie die harmlose NPD. Anscheinend will die NPD aus den "usw." neue Anhänger rekrutieren. Praktisch wird sie versuchen, da und dort Unzufriedene zu sammeln, und die Restbestände der aussterbenden politischen Gruppen wie GEP/BHE, Bayernpartei und in manchen bayerischen Gegerden auch die FDP, für sich zu gewinnen. Die Prognosen sind da auch nicht gerade leuchtend. Doch die Phraseologie der NPD mahnt zur Wachsamkeit.

## Ein Sieg der Vernunft

Räumung der Kölner Zone vor 40 Jahren

Von Dr. Manfred Gessner

Staatlicher Egoismus und Nationalismus sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Darum ist es nicht verwunderlich, daß sich Politiker nationalistischer Prägung an staatsegoistischen Gesichtspunkten orientieren. Sie halten dies für Treue zum Vaterland und vergessen dabei, daß auch für zwischenstaatliche Beziehungen das Gesetz gilt, Druck erzeugt Gegendruck. Diesem Gesetz unterlagen auch die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg.

Solange Poincaré der Außenpolitik Frankreichs den Stempel aufdrückte, mußten die Bemühungen deutscher Staatsmänner scheitern, Deutschland von den Fesseln des von Haß und Unvernunft diktierten Versailler Vertrages zu befreien. Unaufhörlich wurde dadurch die Atmosphäre zwischen den beiden Völkern vergiftet. Erst nachdem Aristide Briand 1925 das französische Außenministerium übernahm, ging es mit der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich bergauf.

Eine bedeutsame Markierung dieses Weges bedeuten die Verträge zu Locarno 1925, die der Chef des englischen Außenamtes, Austin Chamberlain, als "Grenzlinie der Jahre des Krieges und des Friedens" bezeichnete. Eine Folge dieser Vereinbarungen war die Räumung der Kölner Zone von englischen Truppen, die am 31. Januar 1925, also vor 40 Jahren, beendet wurde. Dieses Datum verdient nicht nur festgehalten zu werden, weil es Deutschland seiner verlorengegangenen Souveränität näherbrachte, es ist gleichermaßen als Wendepunkt der Außenpolitik Frankreichs von Bedeutung, daß den Abzug der englischen Besatzung, der gemäß Versailler Vertrag bereits für den 10. Januar 1925 festgelegt war, unter Poincaré blockiert hatte.

Aristide Briand gebührt das Verdienst, dieser nationalistischen und staatsegoistischen Politik den Rücken gekehrt zu haben. Ihm schwebte eine neue Ordnung Europas vor, in der nationalistische Engherzigkeit keinen Platz haben sollte. Sein politisches Verhalten ist ein Beispiel für den Widerspruch zwischen nationalistischen und europäischem Gedanken. Dieser Tatsache sollte man sich immer bewußt sein dies- und jenseits des Rheins.

"Zweites Vietnam" in Lateinamerika ?

Fidel Castro: "Die Zeit für den revolutionären Umsturz  
ist herangereift"

ND - In seiner Schlußansprache bei der jüngsten "Solidaritäts-  
konferenz der drei Kontinente" hat Kubas Regierungschef Fidel Castro  
damit gedroht, den lateinamerikanischen Subkontinent vom Rio Grande  
bis zur Südspitze Feuerlands in ein "Zweites Vietnam" zu verwandeln,  
denn "die Zeit für den revolutionären Umsturz ist herangereift".

Das war die Antwort des lateinamerikanischen Kommunismus an  
den bisher gescheiterten Versuch der USA, eine ständige interame-  
rikanische Streitmacht zur Abwehr kommunistischer Umsturzmanöver  
in Iberoamerika ins Leben zu rufen.

Die zweite Antwort auf dieses Projekt war die Forderung, die  
Zahl der Ausbildungslager für Guerillas und Berufsrevolutionäre  
in Kuba, der Sowjetunion, Rotchina und Afrika erheblich zu ver-  
mehren.

Juan Bosch hatte gewarnt

Wie gefährlich die Lage für den Westen in Lateinamerika aus-  
sieht, beschrieb der ehemalige dominikanische Präsident Juan Bosch,  
der im September 1963 von den eigenen Militärs gestürzt wurde und  
erst im letzten Herbst wieder nach Santo Domingo zurückkehren durf-  
te. Bosch bezeichnete die von "chinesenfreundlichen Bewegungen in  
Kolumbien, Venezuela, Peru und Guatemala inszenierter Aufstände"  
als ein "Ablenkungsmanöver der schlaunen Führer in Peking". Wenn  
Lateinamerika nach den Wünschen der Volksrepublik China ein "zwei-  
tes Vietnam" werden sollte, dann nur zu dem Zweck, die Amerikaner  
an ihren eigenen "Hinterhof" militärisch zu fesseln, damit China  
ungestört die atomare Aufrüstung fortsetzen könne bis zur "endgül-  
tigen Abrechnung mit Washington".

Frankreichs KP leistete Schützenhilfe

Diese düstere Prognose des Ex-Präsidenten der von Anarchie und Bür-  
gerkriegswirren geschüttelten Dominikanischen Republik mag nach-

denklich stimmen. Denn schon entstehen in der Karibischen See neue Unruheherde. Die Kommunisten der französischen Antillen-Insel Martinique hatten während der Havanna-Konferenz die Unabhängigkeit von Frankreich verlangt. Wenige Tage später wurde bereits auf Martinique eine kommunistische Verschwörung aufgedeckt, nachdem es schon vor einigen Jahren auf dieser Insel zu Umsturzversuchen gekommen war.

### Vergleiche...

Doch auch die Bäume der Revolutionäre wachsen nicht in den Himmel. Ein kolumbianischer KP-Delegierter sagte in Havanna ganz offen: "In Afrika können sich die Nationalisten von Angola, Mozambique oder Portugiesisch-Guinea auf Ausgangsstellungen in befreundeten Nachbarländern zurückziehen, wenn auch die von diesen gezeigte Solidarität manchmal zu wünschen übrig läßt. Bei uns in Lateinamerika ist es völlig anders. Wir kämpfen gegen eine Welt von Feinden. Auch bleibt uns der Rückzug in jedem Falle abgeschnitten. In den Städten müssen unsere Guerilla-Zellen untertauchen und im Untergrund äußerst vorsichtig arbeiten. Der geringste Fehler bedeutet schon Verhaftung."

### Lösegeld von Millionären zur Finanzierung des Partisanenkrieges

Auch die Kommunisten Brasiliens und Chiles sind für eine "bewaffnete Erhebung" - trotz aller Schwierigkeiten, die der Kolumbianer seinen Gesinnungsfreunden so drastisch vor Augen führte. In Venezuela, Guatemala und Kolumbien haben die linksradikalen Aufständischen eine Methode gefunden, die die Kidnapper Chicagos in den "Goldenen Zwanziger Jahren" so erfolgreich anwandten. Sie entführen kurzerhand Millionäre, die dann gegen Lösegeld wieder freigelassen werden. Das Lösegeld dient zum Kauf von Waffen, Verpflegung und zur Finanzierung der Propaganda. In Guatemala wurden auf diese Weise allein in den letzten Monaten fünf steinreiche Großgrundbesitzer geschröpft. Die Fanatiker scheinen entschlossen, mit dem "zweiten Vietnam" in Lateinamerika ernst zu machen.

Bereits im November 1964 hatten die kommunistischen Parteien Lateinamerikas in Havanna beschlossen, den Partisanenkrieg beträchtlich auszuweiten - eine kommunistische "Eskalation".